

Der verstellte Blick

Migranten sind nicht Auslöser sozialer Probleme

Im Wahlkampf wird viel über Migranten gesprochen, hier äußern sie sich selbst über den Landtagswahlkampf 2018. Wir haben Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns (Agaby) - sie hat ihren Sitz in Nürnberg - gebeten, ihre Einschätzungen abzugeben.

Als „Mutter aller politischen Probleme“ hat der CSU-Vorsitzende und Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) die Migration bezeichnet. Das ist eine grobe Fehleinschätzung und verkennt den Zusammenhang sozial-politischer Themen, die alle angehen.

NÜRNBERG – Der Anteil der Passausländer liegt in Großstädten wie Nürnberg bei weit über 20 Prozent. 40 Prozent der Bevölkerung haben einen Migrationshintergrund. Themen wie Armut, Sozialleistungen, Bildungschancen oder Teilhabe betreffen in Bayern aber nicht nur sie, sondern

und Alleinerziehende (43,3 Prozent). Die Armutsgefährdungsquote von Kindern liegt in Bayern bei 16,5 Prozent.

Die Gründe für Armut der zugewanderten Menschen sind vielfältig und reichen von fehlender beruflicher Qualifikation, Nicht-Anerkennung von ausländischen Qualifikationen, Beschäftigung in prekären Arbeitsverhältnissen und im Niedriglohnsektor, migrationsbedingten Brüchen in der Erwerbsbiografie über sprachliche Barrieren bis hin zu Mechanismen rassistischer Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt.

Insbesondere Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter sehen Migration längst als Chance, um bestehende wirtschaftliche Herausforderungen zu bewältigen. „Der Personalmangel ist besonders drastisch in erzieherischen und sozialen Berufen. Von heute 12000 steigt der Fachkräftemangel hier auf 66000 im Jahr 2030. Jede vierte Stelle ist dann unbesetzt“, unterstreicht Peter Driessen, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Industrie- und Handelskammertages.

Gerade in diesen Berufsgruppen wirken bürokratische Schwierigkeiten und Unbeweglichkeiten bei der Anerkennung bereits erworbener Qualifikationen nicht nur bei Zuwandern aus dem Ausland als Bremsklotz, sondern sogar bei Bewerbern aus anderen Bundesländern.

Da lohnt sich ein Blick auf die junge Generation, auch weil sich 60 Prozent der Geflüchteten im Ausbildungsalter befinden. Laut DGB Bayern blieben im Freistaat allein in diesem Jahr rund 32000 Lehrstellen unbesetzt. Diese Lücke könnten junge Flüchtlinge unter bestimmten Bedingungen schließen – mit anschließender Weiter-



Hier haben Migranten Stimmrecht: Die Delegierten der Agaby-Vollversammlung im vergangenen Jahr in Erlangen geben ihr Votum ab. Fotos (6): Chandra Moenssad/Agaby



auch zum Beispiel Alleinerziehende. Bayern rühmt sich, das reichste Bundesland zu sein, und trotzdem lebt deutlich mehr als jeder zehnte Bürger unter der Armutsquote.

Viele der sozialpolitischen Herausforderungen und Versäumnisse der Vergangenheit wurden durch Menschen mit Einwanderungsgeschichte sichtbar gemacht. Sie sind aber nicht die Schuldigen und Auslöser, sondern Leidtragende dieser tiefgreifenden strukturellen Probleme.

Zum Wohlstand in Bayern haben auch Menschen mit Migrationshintergrund beigetragen. Die Armutsquote liegt in Bayern laut amtlicher Statistik bei rund 14,9 Prozent. Bei Menschen mit Migrationshintergrund ist die Armutsquote mehr als doppelt so hoch. Ebenso stark von Armut betroffen sind Erwerbslose (53,4 Prozent)

beschäftigung. Die Praxis zeigt, dass vor allem die Staatsregierung und die Ausländerbehörden diesen Weg häufig versperren. „Wir wollen, dass alle Menschen im reichen Bayern eine berufliche Perspektive haben und das geht nur durch Bildung, Bildung und noch mal Bildung“, betont Matthias Jens, der bayerische DGB-Chef. Und Stefan Kastner, zuständig für den Bereich Berufsausbildung bei der IHK Nürnberg für Mittelfranken, stellt fest: „Die Vollzugsweise der bayerischen Staatsregierung werden in den einzelnen Regierungsbezirken und Ausländerämtern unterschiedlich angewandt.“

Neben dem Arbeitsmarkt gehört das Thema Bildung zu den großen Fra-

gen. In Bayern ist der Faktor soziale Herkunft immer noch entscheidend für den Erfolg. Für das Schulsystem ist das bis heute eine große Herausforderung.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) erinnerte kürzlich erneut daran, dass an Grund-, Mittel- und Förderschulen, und zum Teil auch an Berufsschulen, Lehrkräfte in einem geradezu dramatischen Ausmaß fehlen.

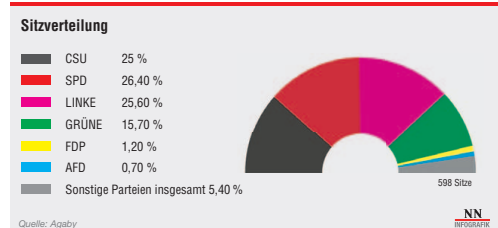
Zudem geht es bei den großen sozialpolitischen Themen um bezahlbaren Wohnraum. Im Freistaat wird es für viele Menschen immer schwerer, ein erschwingliches Dach über dem Kopf zu finden – und das nicht erst seit dem vermehrten Zuzug von Menschen

mit Fluchthintergrund. Unter den Top 30 der deutschen Kommunen mit den höchsten Wohnkostensteigerungen der vergangenen Jahre liegen 26 im Freistaat.

Kommunale Spitzenverbände, Wohnungsbaugesellschaften und der Mieterbund sind sich einig, dass eine staatliche Wohnungsbaugesellschaft dazu beitragen kann, in defizitären Märkten zukunfts-fähigen und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Diese Themen sind im bayerischen Wahlkampf oft zu kurz gekommen. Nutzen würde es nicht nur Migranten, wenn diese Herausforderungen politisch stärker angenommen würden.

REKA LÖRINCZ, Agaby-Geschäftsführerin



Keine Angst, oder nicht zu früh gefreut, je nach Sicht auf diese Ergebnisse: Sie sind nur ein Gedankenspiel. So sähe die Zusammensetzung des Landtags aus, wenn Migranten und Migranten ohne Wahlrecht ihr Stimmrecht abgeben dürften. Die Prozentzahlen dieser symbolischen Wahl basieren auf 1882 Zweitstimmen, die im vergangenen Jahr in 44 Wahllokalen des bundesweiten Bündnisses „Hier lebe ich, hier wähle ich“ abgegeben wurden. Eine Studie der CSU-nahen Hans-Seidel-Stiftung von 2017 belegt, dass Migranten stark zur politischen Mitte tendieren und sich als „umweltbewusst“ und „sozial“ einstufen.

Demokratie braucht jede Stimme

Ein Plädoyer gegen das Dreiklassenwahlrecht in Deutschland

An der Landtagswahl in Bayern dürfen zwölf Prozent der Bevölkerung nicht teilnehmen. Auf der kommunalen Ebene können mittlerweile wenigstens EU-Staatsbürger wählen, während sogenannte Drittstaatsangehörige bei keiner Wahl mitentscheiden dürfen. Dabei handelt es sich nicht um Touristen, sondern um Menschen, die mehrheitlich seit Jahren oder gar Jahrzehnten hier leben, arbeiten und sich bürgerschaftlich engagieren.

Argumentiert wird, dass das Wahlrecht an die Staatsangehörigkeit gebunden sei. Aber ist das noch zeitgemäß? Entspricht das den Anforderungen einer modernen Demokratie in einer globalisierten Welt, in der Mo-

bilität und Migration zum Wesen moderner Gesellschaften gehören? Wie sollen Menschen für Demokratie und demokratische Werte gewonnen werden, wenn ihnen die Möglichkeit verwehrt wird, teilzuhaben und Demokratie aktiv mitzugestalten?

DER KOMMENTAR

Ein dauerhafter Ausschluss eines Teils der Bevölkerung bedeutet ein erhebliches Demokratiedefizit, das nicht ohne Folgen für den Zusammenhalt der Gesellschaft bleiben kann. Es ist Zeit, die Demokratie zeitgemäß weiterzuentwickeln, in-

dem allen, die dauerhaft hier leben, das Wahlrecht gewährt wird.

Der Europarat empfiehlt eine Gleichstellung nach acht Jahren Aufenthalt in Deutschland. Ein erster Schritt hin zu mehr Demokratie und Partizipation wäre es, für Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit zumindest das kommunale Wahlrecht einzuführen. Deutschland, das so stolz auf seine demokratische Vorreiterrolle in der EU ist, sollte diesen Schritt schnellstmöglich wagen.

15 andere EU-Staaten haben ihn bereits vollzogen. Das wäre ein gelungener Anfang auf dem Weg zu mehr Demokratie.

MITRA SHARIFI-NEYSTANAK, Agaby-Vorsitzende



Dimitrios Krikellis, Vorsitzender des Integrationsrates Nürnberg: Die Demokratie ist aus dem Lot. Politik, Gesellschaft und Medien haben es in den vergangenen Jahren kaum geschafft, die Anwesenheit von Menschen mit Migrationsgeschichte als Normalität und Bereicherung anzusehen. Die Migrations- und Integrationspolitik wurde meist auf die Flüchtlingszuwanderung reduziert, dabei wurden zu oft Metaphern von Naturkatastrophen wie Flut, Welle oder Dammbruch verwendet. Doch viele Menschen mit Migrationsgeschichte leben schon seit Jahrzehnten in Bayern, sei es als Ausländer, Eingebürgerte oder Aussiedler. Integration, Partizipation und das friedliche Zusammenleben der Menschen sind Aufgaben für alle Menschen, nicht nur für Migranten und Migranten. Es sind noch enorme Anstrengungen zu unternehmen, um Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle Menschen zu erreichen.

Lütfiye Yaver-Bozkurt, Vorsitzende des Ausländer- und Integrationsbeirates Erlangen: Dürfen wir, Ausländer, Integrations- oder Migrationsbeiräte überhaupt etwas erwarten? In Bayern sind Beiräte freiwillige Institutionen der einzelnen Kommunen, die für sich den Vorteil erkannt haben, alle Menschen zumindest in Teilbereichen am Demokratieprozess teilhaben zu lassen. Auch in dieser Wahlperiode werden die Integrationsbeiräte in Bayern nicht in der Gemeindeordnung verankert. Stattdessen werden Anker-Zentren errichtet,



die keiner haben will. Einmal mehr sind Migranten und Flüchtlinge an allem schuld, ein Phänomen, das sich regelmäßig wiederholt. Rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien wie die AfD sind auf einmal erfolgreich und andere Parteien springen auf diesen Zug auf. Wir erwarten Teilhabe auf gleicher Augenhöhe ohne Diskriminierung und ohne Ausgrenzung.

Xhavit Mustafa, Vorsitzender des Integrationsbeirats Bayreuth: Ich befürchte, dass die bayerische Landtagswahl zu einem für uns schlechten Ergebnis führen wird. Es ist davon auszugehen, dass die AfD den Einzug in den Landtag schafft. Das wird die Situation für



uns Migrantinnen und Migranten noch schwieriger gestalten. Umso wichtiger ist es allerdings, das Engagement nicht aufzugeben. Im Gegenteil: Wir sollten es noch erhöhen und gemeinsam daran arbeiten, die Integration voranzubringen. Dabei ist die Rolle der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte enorm wichtig, gerade was die Arbeit gegen Rassismus und Diskriminierung angeht. Weder im Wahlkampf noch im zukünftigen Landesparlament Bayerns darf Rassismus toleriert werden. Wir fordern alle demokratischen Parteien dazu auf, sich aktiv gegen Rassismus und für Menschenwürde einzusetzen.



Roberto Mandosi, Vorsitzender des Migrationsbeirates Rothenburg: Meine Erwartung ist, dass zukünftig mehr Unterstützung bereitgestellt wird für Migranten, die nach Bayern kommen. Diese Zuwanderer werden angesichts unbesetzter Lehr- und Arbeitsstellen dringend benötigt und sollten die Chance erhalten, unser aller Wohlstand mit zu sichern. Zudem ist es wichtig, den Wohnungsbau voranzutreiben, mehr Sprachförderung anzubieten und mehr Personal für Kindergärten und Schulen zu gewährleisten, um die Integration der Kinder mit Migrationsgeschichte zu verbessern. Das Personal in Ämtern und Behörden sollte intensiver auf die Bedürfnisse der Zuwanderer vorbereitet werden und Weiterbildung erhalten. Erstanlaufstellen für Migranten und Migrationsberatungsstellen sollten ausgebaut werden. Im gesamten Bereich der Integrationshilfen sollte die Wirtschaft mehr in die Pflicht genommen werden.

Villy Wiegel, Vorsitzende des Integrationsbeirates Ansbach: Bisher wird über Migranten, aber auch über Flüchtlinge oft sehr pauschal geurteilt. Es werden dabei mehr negative als positive Einschätzungen und Erwartungen geäußert. Dies führt meines Erachtens zur Verstärkung von Vorurteilen, das löst Ängste aus und sorgt in vielen Fällen für Isolation. Das alles zusammen erschwert die Integration enorm. Ich wünsche mir daher, dass die Einzelschicksale sowie der Integrationswill jedes Einzelnen stärker berücksichtigt werden.



Auch sollten die durch die Flüchtlinge und andere Migranten positiven Möglichkeiten, etwa bei der Besetzung der derzeit vielen freien Stellen auf dem Arbeitsmarkt, mehr in den Vordergrund gerückt werden. Insgesamt sollten wir uns vorurteilsfreier begegnen und die Chancen nutzen, voneinander zu lernen. Aus Fremden könnten auf diesem Weg schnell Freunde werden.